



MODUL 1

Erkennen von Hassreden

www.lgbtiqyouthnet.eu



Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können dafür verantwortlich gemacht werden.

Diese Ressource ist lizenziert unter CCBY 4.0



Kofinanziert von der Europäischen Union

ÜBERBLICK

Modul 1: Erkennen von Hassreden

www.lgbtiqyouthnet.eu

01 Erkennen von Hassreden

02 Definition

03 Verständnis der Gesetzgebung
und ihrer negativen
Auswirkungen.

04 Nationaler Kontext in den Ländern
der Partner

Erkennung von Hassrede in EUROPA

Die Erkennung und Bekämpfung von Hassreden ist in Europa, wie in vielen Teilen der Welt, ein wichtiges Anliegen. In den europäischen Ländern gibt es verschiedene Gesetze und Initiativen, die sich mit Hassreden befassen, obwohl die spezifischen rechtlichen Rahmenbedingungen und Definitionen von Land zu Land unterschiedlich sein können. Hier sind einige allgemeine Ansätze zur Erkennung von Hassreden in Europa:

Im Laufe der Jahre hat sich der Europarat auf vielfältige Weise für die Bekämpfung von Hassreden eingesetzt. Die Arbeit der Abteilung Medien und Internet in diesem Bereich basiert auf einer "Perspektive der freien Meinungsäußerung", die sich auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten bei der Vorbereitung, Bewertung, Überprüfung und Anpassung von Gesetzen und Praktiken, die die freie Meinungsäußerung einschränken, an die Europäische Menschenrechtskonvention konzentriert.



LGBTIQ+ Jugendnetz

www.lgbtiqyouthnet.eu

Definition

Rechtliche Definitionen:

In europäischen Ländern gibt es häufig gesetzliche Definitionen von Hassreden, die in der Regel Äußerungen umfassen, die zu Gewalt oder Diskriminierung von Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund von Merkmalen wie Ethnie, Religion, Nationalität, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderung aufrufen. Diese Definitionen können in ihrem Umfang und ihrer Spezifität variieren.

Rahmen der Europäischen Union:

Die Europäische Union (EU) verfügt über Leitlinien und Richtlinien zur Bekämpfung von Hassreden und Diskriminierung. Der EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beispielsweise stellt bestimmte Formen von Hassreden und Hassverbrechen in allen EU-Mitgliedstaaten unter Strafe.

Internationale Normen:

Europäische Länder halten sich oft an internationale Standards und Konventionen, die sich mit Hassreden befassen, wie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und die Europäische Menschenrechtskonvention (ECHR). Diese Dokumente geben Hinweise zum Schutz der Meinungsfreiheit und zum Verbot von Hassreden.

Überwachungs- und Berichtsmechanismen:

Viele europäische Länder haben Mechanismen zur Überwachung und Meldung von Hassreden, sowohl online als auch offline, eingerichtet. Dazu können spezialisierte staatliche Stellen, NRO oder Meldesysteme von Online-Plattformen gehören.

Bildungsprogramme:

Einige europäische Länder führen Bildungsprogramme durch, um das Bewusstsein für Hassreden zu schärfen, Toleranz und Respekt für Vielfalt zu fördern und den Einzelnen zu befähigen, Hassreden zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

Initiativen der Zivilgesellschaft:

Organisationen der Zivilgesellschaft spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Hassreden in Europa. Sie können sich in den Bereichen Anwaltschaft, Bildung und Gemeinschaftsbildung engagieren, um die Ursachen von Hassreden zu bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Zusammenarbeit mit der Technologiebranche:

Angesichts der weiten Verbreitung von Hassreden im Internet ist die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, der Zivilgesellschaft und der Technologiebranche von entscheidender Bedeutung. Viele europäische Länder arbeiten mit Technologieunternehmen zusammen, um Strategien, Algorithmen und Werkzeuge zur Erkennung und Entfernung von Hassreden im Internet zu entwickeln.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

*"Jeder hat das Recht
auf freie
Meinungsäußerung"*

*Art. 10 Europäische
Menschenrechtskonv
ention*



Fehlen eines ausdrücklichen Schutzes: In einigen europäischen Ländern gibt es möglicherweise keinen spezifischen gesetzlichen Schutz gegen Hassreden, die sich gegen LGBTIQ+-Personen richten. Dies kann dazu führen, dass sie Diskriminierung, Belästigung und Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität oder ihres Ausdrucks ausgesetzt sind.

Kriminalisierung von LGBTIQ+-Identitäten: In bestimmten Rechtsordnungen gibt es Gesetze, die LGBTIQ+-Identitäten oder -Aktivitäten kriminalisieren und damit Stigmatisierung und Diskriminierung aufrechterhalten. Solche Gesetze können zu einem feindlichen Umfeld für LGBTIQ+ Personen beitragen und Hassreden und Gewalt gegen sie schüren.



Zweideutige oder weit gefasste Gesetze: In einigen Ländern gibt es Gesetze, die mehrdeutig formuliert oder weit ausgelegt sind, was dazu führen kann, dass legitime Formen der Meinungsäußerung im Zusammenhang mit LGBTIQ+-Rechten, Befürwortung oder Identität kriminalisiert werden. Vage Gesetze können den Behörden einen Vorwand liefern, um die Rede- und Versammlungsfreiheit von LGBTIQ+-Personen und ihren Verbündeten zu unterdrücken.

Kriminalisierung von LGBTIQ+-Identitäten: In bestimmten Rechtsordnungen gibt es Gesetze, die LGBTIQ+-Identitäten oder -Aktivitäten kriminalisieren und damit Stigmatisierung und Diskriminierung aufrechterhalten. Solche Gesetze können zu einem feindlichen Umfeld für LGBTIQ+ Personen beitragen und Hassreden und Gewalt gegen sie schüren.



Selektive Durchsetzung: Selbst in Ländern, in denen es einen gesetzlichen Schutz gegen Hassreden gegen LGBTIQ+-Personen gibt, kann die Durchsetzung selektiv oder unzureichend sein. Strafverfolgungsbehörden und Justizbehörden können es versäumen, Hassverbrechen oder Hassreden effektiv zu untersuchen oder zu verfolgen, was zu einem Gefühl der Straffreiheit bei den Tätern führt.

Auswirkungen auf das Recht auf freie Meinungsäußerung: Es besteht ein empfindliches Gleichgewicht zwischen der Bekämpfung von Hassreden und der Wahrung der Meinungsfreiheit. Gesetze, die darauf abzielen, Hassreden einzudämmen, müssen sorgfältig ausgearbeitet werden, um zu vermeiden, dass legitime Diskurse, Debatten oder künstlerische Äußerungen im Zusammenhang mit LGBTIQ+-Themen unterdrückt werden.

Abschreckende Wirkung auf LGBTIQ+-Gemeinschaften: Das Vorhandensein von Gesetzen oder das Fehlen eines rechtlichen Schutzes gegen Hassreden kann eine abschreckende Wirkung auf LGBTIQ+-Gemeinschaften haben und Einzelpersonen davon abhalten, ihre Identität offen zu äußern, Unterstützungsdienste zu suchen oder am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Intersektionelle Diskriminierung: LGBTIQ+-Personen, die marginalisierten Gemeinschaften angehören, wie People of Color, Migranten oder religiöse Minderheiten, können aufgrund von sich überschneidenden Faktoren einer verstärkten Diskriminierung ausgesetzt sein. Die Gesetzgebung muss diese sich überschneidenden Identitäten und Erfahrungen berücksichtigen, um einen umfassenden Schutz vor Hassreden zu gewährleisten.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert Lobbyarbeit, Rechtsreformen, Bildungsmaßnahmen und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die das Verständnis, die Akzeptanz und die Achtung der Rechte und Identitäten von LGBTIQ+ fördern sollen. Darüber hinaus ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und internationalen Menschenrechtsorganisationen von entscheidender Bedeutung, um den rechtlichen Schutz voranzutreiben und Hassreden gegen LGBTIQ+-Personen in Europa zu bekämpfen.



Nationaler Kontext in Frankreich:

In Frankreich gibt es gesetzliche Bestimmungen und soziale Initiativen zur Bekämpfung von Hassreden, die sich gegen LGBTIQ+-Personen richten. Hier ist ein Überblick über den nationalen Kontext zur Verhinderung von Hassreden

Rechtlicher Rahmen: Frankreich verfügt über Gesetze zur Bekämpfung von Hassreden, einschließlich solcher, die sich gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung, Geschlechtsidentität oder ihres Ausdrucks richten. Das französische Strafgesetzbuch verbietet Hassreden, einschließlich der Aufstachelung zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt gegen Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität. Hassreden können strafrechtlich geahndet werden, unter anderem mit Geld- und Freiheitsstrafen.

Anti-Diskriminierungsgesetze: Zusätzlich zu den Gesetzen gegen Hassreden gibt es in Frankreich Antidiskriminierungsgesetze, die die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, einschließlich Beschäftigung, Wohnen und Zugang zu Waren und Dienstleistungen, verbieten. Diese Gesetze zielen darauf ab, die Rechte und die Würde von LGBTIQ+ Personen zu schützen und die Gleichstellung zu fördern.

Regierungsinitiativen: Die französische Regierung hat Schritte unternommen, um Hassreden zu bekämpfen und Toleranz und Integration zu fördern. Dazu gehören Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Bildungsinitiativen in Schulen zur Verhinderung von Diskriminierung und zur Förderung der Achtung von Vielfalt sowie die Finanzierung von Organisationen und Projekten, die sich gegen Hassreden und für die Unterstützung von LGBTIQ+-Gemeinschaften einsetzen.



Reaktion der Strafverfolgungsbehörden: Die Strafverfolgungsbehörden in Frankreich sind mit der Untersuchung und Verfolgung von Vorfällen mit Hassreden beauftragt. Innerhalb der Polizei und des Justizsystems gibt es spezialisierte Einheiten, die sich auf Hassverbrechen konzentrieren, einschließlich solcher, die sich gegen LGBTIQ+-Personen richten. Es werden Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, dass Beschwerden über Hassreden ernst genommen und die Täter für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden.

Organisationen der Zivilgesellschaft: Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Hassreden und der Unterstützung von LGBTIQ+-Personen in Frankreich. Diese Organisationen stellen Ressourcen, Advocacy- und Unterstützungsdienste für Opfer von Hassreden zur Verfügung, sensibilisieren für die Auswirkungen von Hassreden auf Einzelpersonen und Gemeinschaften und setzen sich für Toleranz und Akzeptanz ein.

Medien und Online-Plattformen: Es werden Anstrengungen unternommen, um gegen Hassreden in den Medien und auf Online-Plattformen vorzugehen. Die französischen Behörden arbeiten mit Medienorganisationen und Internetunternehmen zusammen, um Hassreden im Internet zu überwachen und zu bekämpfen, unter anderem durch die Entfernung hasserfüllter Inhalte und die Durchsetzung von Gemeinschaftsstandards und -vorschriften.

Trotz dieser Bemühungen bleibt es eine Herausforderung, Hassreden, die sich gegen LGBTIQ+-Personen richten, in Frankreich wirksam zu verhindern. Kontinuierliche Aufklärung, Bewusstseinsbildung und die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor sind für die Bekämpfung von Hassreden und die Förderung einer Kultur des Respekts, der Toleranz und der Inklusion für alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, von entscheidender Bedeutung.

Nationaler Kontext in Irland:

In Irland gibt es Schutzmaßnahmen und Initiativen für unsere LGBTIQ+-Gemeinschaft. Obwohl noch mehr getan werden kann, ist dies ein guter Anfang für den Schutz ihrer Menschenrechte in unseren Gemeinschaften.



Wussten Sie, dass in Irland männliche und weibliche Homosexualität bis 1993 illegal war? Es ist großartig, dass sich das geändert hat. Irland gilt jetzt als eines der fortschrittlichsten Länder Europas, wenn es um LGBTI-Rechte geht. Transgender-Personen können ihr Geschlecht selbst angeben und die gleichgeschlechtliche Ehe ist seit 2015 legal.

Nationaler Kontext in Irland:

Das Gesetz über das Verbot der Aufstachelung zum Hass (1989) macht die Aufstachelung zum Hass aufgrund der sexuellen Ausrichtung illegal. Das Gesetz definiert den Begriff "Hass" wie folgt:

"Hass" bedeutet Hass gegen eine Gruppe von Personen im Staat oder anderswo aufgrund ihrer Ethnie, Hautfarbe, Nationalität, Religion, ethnischen oder nationalen Herkunft, Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Reisenden oder

Obwohl wir dieses Gesetz haben, sind LGBTQI-Personen am zweithäufigsten Opfer von Hassverbrechen, und die Zahl der Vorfälle steigt jedes Jahr. Der Ruf nach einer Gesetzgebung wurde von mehreren Gruppen im Land laut, aber die Verzögerungen beim Gesetzentwurf über die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass und Hassdelikte halten an. Mit diesem Gesetzentwurf werden neue Straftatbestände für Hassverbrechen eingeführt und die Kategorien von Personen erweitert, die nach irischem Recht vor Aufstachelung zum Hass geschützt sind.



Nationaler Kontext in Irland:

Die irische Polizei verfügt über eine Nationale Diversitätseinheit der Garda. Ihre Aufgabe ist es, Vorfälle im Zusammenhang mit Hasskriminalität über PULSE, einen sozialen und schriftlichen Mediendienst, sowie über Überweisungen und Beschwerden zu überwachen. Sie entwickeln Politiken, Strategien und operative Leitlinien in den Bereichen der Vielfalt. Eine weitere Aufgabe dieser Einheit ist die Beratung und Unterstützung der Ermittler bei Vorfällen im Zusammenhang mit Hasskriminalität. Sie bieten Schulungen für ihre Beamten an. Darüber hinaus



Es gibt nicht nur viele hervorragende Organisationen, die sich für die LGBTQI+-Jugend in Irland einsetzen, sondern auch einen Strategieplan, der Irland zum besten Ort in Europa für LGBTQI+ 2023-2027 machen soll. Diese Strategie bringt viele Wohltätigkeitsorganisationen zusammen, die die LGBTQI+-Gemeinschaft unterstützen. Ihr Ziel ist es, LGBTQI+-Personen die Möglichkeit zu geben, sichtbar und sicher zu sein und sich bei den politischen Maßnahmen und Praktiken, die ihr Leben beeinflussen, Gehör zu verschaffen.

Nationaler Kontext in Irland:

Zum Thema Hasskriminalität in den sozialen Medien sagt der Geschäftsführer der Organisation Belong To: "Wir haben einen dramatischen Anstieg von hasserfüllten, diskriminierenden, gegen LGBTQ+ gerichteten Inhalten beobachtet, die auf Social-Media-Plattformen geteilt werden, sowie die direkte Ansprache und Belästigung von Mitgliedern



Er ist der Meinung, dass soziale Medienplattformen mehr Maßnahmen ergreifen müssen: "Unsere Forschung mit LGBTQ+-Jugendlichen unterstreicht die dringende Notwendigkeit, dass soziale Medienplattformen ihre Community-Richtlinien konsequent und effektiv umsetzen, um die Verbreitung homophober, biphober und transphober Inhalte im Internet zu verhindern."



Nationaler Kontext in Irland:

Trotz der in den letzten Jahren erzielten Fortschritte gibt es noch viel zu tun. Laut der Gleichstellungs- und Diskriminierungserhebung 2019 des Zentralen Statistikamtes waren LGBTQI+-Personen die Gruppe mit der höchsten gefühlten Diskriminierungsrate in Irland.

Der pathologisierende Ansatz in der Transgender-Gesundheitsversorgung und die Altersbeschränkungen für das Geschlecht

Die Anerkennung von Schlüsselbereichen der Politik, die noch nicht angesprochen wurden. Fortschritte in diesen

Die Problematik wird durch die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die schädliche Anti-Trans-Bewegung immer schwieriger.

Diskurs, der von rechtsextremen Akteuren angeheizt und im Mainstream und in der Gesellschaft verbreitet wird
Medien.

Nationaler Kontext in der Ukraine:

In der Ukraine gibt es kein einheitliches Konzept für die Definition von Hassreden und keinen wirksamen Mechanismus für die Überwachung, Interaktion und strafrechtliche Verfolgung ihrer Verbreitung, was eine angemessene Reaktion auf solche Fälle verhindert und die Voraussetzungen für die Entstehung eines Gefühls der Straflosigkeit für ihre Verbreitung schafft.

Am 31. März 2023 ist das ukrainische Mediengesetz in Kraft getreten, das Hassreden in den Medien verbietet und den Nationalen Rat für Fernsehen und Rundfunk ermächtigt, Verstöße zu ahnden. Derzeit arbeitet der Nationale Rat an der Entwicklung und Verabschiedung von Kriterien für die Einstufung von Informationen als Verstoß gegen die Anforderungen des Gesetzes über das Verbot von Hassreden. Gleichzeitig können Hassreden sowohl in den Medien als auch in allen anderen Bereichen des täglichen Lebens auftreten.

Nationaler Kontext in der Ukraine:



Der grundlegende Rechtsakt im Bereich der Antidiskriminierung ist das Gesetz der Ukraine "Über die Grundsätze der Verhütung und Bekämpfung von Diskriminierung in der Ukraine".

Aufgrund der Unvollkommenheit der Gesetzgebung und der Schwierigkeiten bei der Anwendung des Gesetzes ist es schwierig, begangene Diskriminierungsdelikte strafrechtlich zu verfolgen. Von mehr als 430 Strafverfahren im Jahr 2022 wurden nur 8 mit Anklageschriften an die Gerichte weitergeleitet, das sind nur 2 %. Derzeit wird daran gearbeitet, die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs in Bezug auf Verstöße aufgrund von Diskriminierung aus verschiedenen Gründen zu verbessern.

Nationaler Kontext in Dänemark:

Dänemark verfügt über eine solide Gesetzgebung zur Bekämpfung von Hassreden, einschließlich des Schutzes der LGBTIQ-Gemeinschaft. Der primäre Rechtsrahmen für die Bekämpfung von Hassreden findet sich in § 266b des dänischen Strafgesetzbuchs. Diese Bestimmung stellt öffentliche Äußerungen unter Strafe, die Personen aufgrund ihrer Ethnie, Hautfarbe, nationalen oder ethnischen Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung bedrohen, verhöhnen oder herabsetzen.

In den letzten Jahren wurde dieses Gesetz erweitert, um die Geschlechtsidentität, den Geschlechtsausdruck und die Geschlechtsmerkmale ausdrücklich mit einzubeziehen und der LGBTIQ-Gemeinschaft einen breiteren Schutz zu bieten.

[Die Zukunft der freien Meinungsäußerung](#)

Nationaler Kontext in Dänemark:

Neben dem primären Rechtsrahmen spiegelt sich das Engagement Dänemarks für den Schutz der LGBTIQ-Gemeinschaft vor Hassreden in verschiedenen öffentlichen Initiativen und Bildungsbemühungen wider, die auf die Förderung von Toleranz und Verständnis abzielen. Das dänische Institut für Menschenrechte und andere Interessengruppen fördern aktiv das Bewusstsein und die Unterstützung für die Rechte von LGBTIQ und tragen so zu einem breiteren gesellschaftlichen Wandel hin zur Inklusivität bei.

Darüber hinaus beteiligt sich Dänemark an internationalen Menschenrechtsmechanismen wie der Europäischen Menschenrechtskonvention, was seine Verpflichtungen zum Schutz vor Hassreden und Diskriminierung weiter stärkt. Dieser umfassende Ansatz stärkt nicht nur den rechtlichen Schutz, sondern fördert auch die kulturelle und soziale Akzeptanz der LGBTIQ-Gemeinschaft.

[Die Zukunft der freien Meinungsäußerung](#)

ERKENNUNG VON HASSREDEN IN DEUTSCHLAND

1. **Rechtliche Definitionen und Schutzmaßnahmen:**

"Volksverhetzung" ist der primäre rechtliche Rahmen, der Hassreden in Deutschland definiert. Er zielt auf Kommunikation ab, die zu Hass oder Gewalt gegen Gruppen aufruft, wobei der Schwerpunkt auf der Wahrung des öffentlichen Friedens liegt.

2. **Strafrechtliche Sanktionen:** Verstöße gegen Gesetze gegen Hassreden können zu Geld- oder Haftstrafen führen, wobei nicht nur direkte Drohungen, sondern auch allgemeinere Beleidigungen, die zu Vorurteilen oder Gewalt anstiften können, erfasst werden.

3. **Regulierung der Online-Medien:** Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verpflichtet Plattformen, Hassreden unverzüglich zu entfernen und bei Nichteinhaltung Geldstrafen zu verhängen, was

eine proaktive Haltung gegenüber digitalen Hassreden widerspiegelt.

4. **Bildung und öffentliche Kampagnen:** Deutschland investiert in Bildungs- und öffentliche Initiativen zur Verhinderung von Hassreden, die die Zusammenarbeit zwischen Regierung, gemeinnützigen Organisationen und Gemeinden zur Förderung einer integrativen Kommunikation beinhalten.

5. **Unterstützung für Opfer:** Es gibt Mechanismen für die Meldung von Vorfällen mit Hassreden und Unterstützungsdienste, die den Opfern helfen, sich im Rechtssystem zurechtzufinden und die notwendige Unterstützung zu erhalten, so dass die Zugänglichkeit und Wirksamkeit der Meldungen gewährleistet ist.

Die Initiativen München Gegen Hass und SCHLAU RLP stehen für das Engagement Deutschlands, Hassreden durch Aufklärung und aktives Engagement zu bekämpfen.

MÜNCHEN GEGEN HASS (MÜNCHEN GEGEN HASS):

Diese Initiative konzentriert sich auf die Bekämpfung von Hassverbrechen, einschließlich solcher, die sich gegen die LGBTQ+-Gemeinschaft richten. Sie dient als Bildungsressource für Hassverbrechen und fördert die Meldung solcher Vorfälle, um die Öffentlichkeit durch Sensibilisierung und Maßnahmen zu einer Haltung gegen Hass zu ermutigen. Dieses Programm zielt nicht nur darauf ab, aufzuklären, sondern bietet auch praktische Instrumente, wie z. B. eine Vorlage für eine Strafanzeige, um Maßnahmen gegen Hassverbrechen zu erleichtern.

SCHLAU RLP:

Dieses Netzwerk bietet Bildungsveranstaltungen an, die sich an Schulen und Institutionen richten und die Bedeutung des Verständnisses von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Vielfalt betonen. Ihr Ansatz umfasst interaktive Aktivitäten und direkte Dialoge mit LGBTQ+-Personen, um Empathie und Akzeptanz zu fördern und so Hassreden und Diskriminierung zu verringern. Diese Graswurzelbewegung ist erheblich gewachsen und hat ihre Wirksamkeit durch mehr Inklusivität und gesellschaftliche Akzeptanz unter Beweis gestellt.



DANKESCHÖN

www.lgbtiqyouthnet.eu



 @lgbtiq+youthnet

 #erasmusplus #lgbtiq+youthnet

Folgen Sie unserer Reise



Kofinanziert von der
Europäischen Union